

am 27. November in seinem dem Reichstage von Kremsier vorgelegten und von diesem mit lautem Beifalle begrüßten Programme den Standpunkt bezeichnet hatte, den es in der deutschen Frage einzunehmen gedächte und der mit Gagern's Plan vereinbar schien. Darin ist nämlich ein „Zerreißen der Monarchie“ entschieden verworfen, dagegen deutlich ausgesprochen, daß man die „natürliche Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses“ beider Staaten abwarten wolle; erst „wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt seien“, würde es möglich sein, „ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen“. Selbst nicht gehindert in der gesonderten Constituirung ihrer Gesamtmonarchie, schien also die österreichische Regierung auch die Ausbildung eines deutschen Bundesstaats nicht hindern zu wollen. Aber das deutsche Verfassungswerk konnte nicht zu Ende geführt werden, so lange das Verhältniß Oesterreichs ungeordnet blieb, weil von dem Verbleiben oder Ausscheiden dieser Großmacht die Oberhauptfrage bedingt war. Im ersteren Falle konnte man nicht füglich eine einheitliche Spitze aufstellen, sondern mußte einem Fürstendirectorium von Dreien den Vorzug geben; im letzteren Falle schien es natürlich, daß das Oberhaupt des mächtigsten unter den rein deutschen Staaten an die Spitze des Bundesstaats trete.

So wurde die österreichische Frage eine neue Scheidungslinie für die Partei-
 stellung im Frankfurter Parlament, und je mehr die Verfassung ihrer Vollendung
 entgegenrückte, desto schroffer trat der mächtige Zwiespalt, der nationale und con-
 fessionelle Dualismus hervor. Die Verfechter eines Bundesstaats mit klaren
 constitutionellen Formen, worin geordnete Freiheit im Innern mit einer starken
 Executivgewalt nach Außen gepaart erscheine, suchten Deutschland von Oester-
 reichs Oberleitung und bestimmendem Einflusse zu befreien und mit Preußen,
 das mit seinem Gesamtgebiete dem deutschen Bunde beigetreten, enger zu ver-
 binden, und zwar so, daß demselben nicht nur die „Hegemonie“ zukäme, sondern
 daß das deutsche und preußische Oberhaupt in Einer Person vereinigt wäre und
 die Stellung und Macht des letztern dem deutschen Bundesstaat zu Gute käme.
 Diesem Streben, das erst allmählich in seiner ganzen Consequenz und Klarheit
 hervortrat, erstanden viele Gegner. Nicht bloß daß die österreichischen Abgeord-
 neten einem Plane abhold waren, der sie selbst und dreizehn Millionen Deutsche
 von dem künftigen Reiche ausschloß, auch die Mitglieder aus Baiern und aus
 den meisten Staaten Süddeutschlands waren theils aus confessionellen Bedenken,
 theils aus Particularismus oder Abneigung gegen Preußen dieser Bevorzugung
 Norddeutschlands entgegen, und die ganze Linke widerstrebte einer Staatsform,
 die von ihrem republikanischen Ideale so fern als möglich lag und die einen
 Mann zum Verfechter hatte, den sie als ihren heftigsten Widersacher aufs bit-
 terste haßte und schmähete, weil er in ihren Augen ein Abtrünniger von der Sache
 der „Freiheit“ war, für die er früher gekämpft und gelitten. So schuf die öster-
 reichische Frage eine veränderte Parteilstellung; die bisher um Gagern geschaarte

Großdeutsche
 und Klein-
 deutsche.